

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1884**

29.11.1884 (No. 283)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 29. November.

No. 283.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 R. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 R. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1884.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Politische Rundschau.

Karlsruhe, den 28. November.

Der Verlauf, welchen die Tonkin-Debatte der französischen Deputirtenkammer genommen hat, bestätigt in vollem Umfange die Voraussage, daß das Kabinett Ferry über seine asiatische Politik keineswegs zu Falle kommen werde. Seit Montag erging sich die Opposition von rechts und links in den schärfsten Angriffen auf Ferry's Leitung der Tonkin-Affaire; der Conseilpräsident ließ sich nicht aus der Fassung bringen. Er wählte sich den geeigneten Moment, seinerseits in die Debatte einzugreifen, und that das am Mittwoch mit einem Geschick und einer Energie, daß er den Sturmangriff seiner Widersacher nicht nur im Handumdrehen parirte, sondern das Blatt so sehr zu seinen Gunsten wendete, daß er unter dem Beifall der Majorität mit seiner neuen Kreditforderung für das kommende Halbjahr im Betrage von nicht weniger als 43 Millionen hervortreten konnte. Der Schwerpunkt der ganzen Konjunktur ruht ja eben nicht im Bereiche der Minorität, sondern der Majorität. Das ärgste Wüthen und Toben jener muß wirkungslos an dem Schilde des Kabinetts abprallen, solange letzteres sich der Majorität verschert hält. Das erkannte auch Herr Ferry und operirte dementsprechend. Er machte gar keinen Versuch, die Kritiken der Oppositionsredner a limine abzuweisen, sondern erklärte unumwunden, das Kabinett nehme sein Theil der Verantwortlichkeit für den Stand der Dinge auf sich. Desto energischer konnte der Conseilpräsident aber daran erinnern, daß er nur in Konformität mit zwei Voten der Kammermehrheit vorgegangen war, woraus von selber folgt, daß letztere wohl oder übel soviel an Verantwortlichkeit auf sich nehmen muß, als der Ministerpräsident ihr zuzubilligen für rathsam erachtet. Es ist dies kein übermäßiges Quantum, aber gerade hinreichend, um dem vorzubeugen, daß die Mehrheit ihre Hände in Unschuld waschen und Ferry im Kampfe wider die Opposition die Heeresfolge verweigern könnte. Zwischen darfst die Mehrheit, welche sich für die Bewilligung der regierungsseitig gemachten Kreditforderungen aussprach (s. Paris), immerhin eine überraschend große genannt werden.

Zur Frage der Steuerreform schreibt die „National-Liberale Korrespondenz“: „Die Mehrbedürfnisse des Reichs einfach wieder auf die Einzelstaaten abzuladen, geht auf die Dauer nicht an; die Steuerquellen der letzteren sind dazu längst schon viel zu sehr erschöpft. Die Bedürfnisse des Reichs müssen aus den eigenen Einnahmen des Reichs bestritten werden; diesen Grundsatz werden nachgerade alle Parteien als berechtigt anerkennen müssen, und es wird sich auch keine Partei mehr der Aufgabe entziehen können, ein bestimmtes positives Steuerprogramm aufzustellen, am allerwenigsten die deutschfreisinnige Partei, welche aus der Steuerfrage bei den Wahlen so viel agitatorisches Kapital geschlagen. Wer fortwährend gerufen hat: keine Besteuerung und Vertheuerung unentbehrlicher Genussmittel! der hat ganz besonders die Pflicht, anderweitige Vorschläge zur Vorkreuzung der Reichsbedürfnisse zu machen. Bei ruhiger ernster Beschäftigung mit diesem Gegenstand muß auch der radikalste Liberale zu der Einsicht kommen, daß es ein ganz frivoles Schlagwort und ein gewissenloses Agitationsmittel ist, in die Wählermassen hineinzurufen: Fort mit aller Besteuerung der Lebensmittel! Unter den Vorschlägen zur Vermehrung der Reichseinnahmen, welche aus dem Reichstage hervorgehen werden, wird ohne Zweifel die Börsensteuer in erster Linie stehen. . . . Inzwischen, so gerechtfertigt und wünschenswerth auch eine höhere Besteuerung der Börsengeschäfte und des Geldumsatzes ist, so wird doch nur ein Phantast erwarten können, daß auf diesem Wege allein so reichliche neue Einnahmen gewonnen werden können, um jede weitere Steuerreform entbehrlich zu machen. Ueber anderweitige Steueranschläge werden sich die Parteien bei der bevorstehenden Staatsberatung aussprechen müssen und wir hoffen, daß dieselbe nicht mit einem bloß negativen Resultat oder nur der Abhilfe für die augenblickliche Verlegenheit endigen, sondern zur Verständigung einer großen Mehrheit des Reichstags über die Grundzüge einer dauernden Steuerreform führen wird.“

Ueber die gestrige Plenarsitzung der Westafrikanischen Konferenz geben die „B. V. N.“ folgenden telegraphischen Bericht:

Berlin, 27. Nov.

Die westafrikanische Konferenz trat heute Nachmittag 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um sich über die von ihrer Kommission gemachten Vorschläge schlüssig zu machen.

Die seitens der Kommission der Congo-Konferenz gemachten Vorschläge sind folgende. In Bezug auf den ersten Punkt der von der Kommission gestellten Aufgabe, die Präzisierung des geographischen Begriffs „Congo-Becken“, lautet der einstimmig gefasste Beschluß wörtlich:

„Das Congo-Becken wird begrenzt durch die Gebirgsrücken

der anstößenden Flußgebiete, nämlich des Niari, des Dabé, des Shari und des Nil im Norden; durch den Tanganjikasee im Osten; durch die Gebirgsrücken des Zambesi und des Logé-Beckens im Süden. Es umschließt demnach alle durch den Congo und seine Nebenflüsse bewässerten Länderstrecken, einschließlich des Tanganjikasees und seiner östlichen Zuflüsse.“

In Betreff des zweiten Punktes: Feststellung des geographischen Begriffs der Congo-Mündungen, lautet der einstimmig gefasste Beschluß wörtlich:

„Die dem Regime der Handelsfreiheit unterworfenen Küstenzonen wird sich auf den Atlantischen Ocean hinaus von Sette-Cama bis zur Logé-Mündung erstrecken. Ihre Nordgrenze wird dem Laufe des bei Sette-Cama mündenden Flusses folgen und wird von der Quelle desselben in östlicher Richtung bis zum Verbindungspunkte mit dem geographischen Becken des Congo, mit Umgehung des Dabé-Beckens, verlaufen. Die Südgrenze wird dem Laufe des Logé bis zur Quelle dieses Flusses folgen und sich von da nach Osten wenden, bis sie auf das geographische Becken des Congo trifft.“

In Betreff der dritten Frage hat die Kommission den Wunsch ausgedrückt,

„daß das Regime der Handelsfreiheit im Osten des Congo-Beckens bis zum Indischen Ocean ausgedehnt werden möchte, vorbehaltlich Reservierung der in jener Gegend vorhandenen Souveränitätsrechte.“

Der Bevollmächtigte Amerikas beantragt, in das Deklarationsprojekt bezüglich der Handelsfreiheit im Becken des Congo und seiner Mündungen nach den Worten: „in allen das Becken des Congo und seiner Zuflüsse bildenden Länderstrecken“ folgende Worte einzufügen:

„einschließlich gewisser Gegenden, welche zwischen dem in Rede stehenden Becken und den beiderseitigen Ozeanen liegen und Verbindungsstraßen zwischen dem Becken und dem Ocean darstellen.“

Falls dieses Amendement Zustimmung finden sollte, schlägt Dr. Kaffon für vorstehend erwähnte Gegenden die folgende Abgrenzung vor:

„Vom Atlantischen Ocean anfangend, die Parallele 1° 25' südlicher Breite bis zu ihrem Schnittpunkte mit 13° 20' östlicher Länge von Greenwich; von diesem Punkte aus eine gerade Linie in nördlicher Richtung bis zur Parallele 5° nördlicher Breite; von diesem Punkte 5° nördlicher Breite ostwärts bis zu einem Punkte, welcher um einen geographischen Grad vom Indischen Ocean entfernt ist. Von dort aus eine der Küste in südwestlicher Richtung mit dem gleichen Abstand eines geographischen Grades vom Meere entfernt bleibende Linie bis zum rechten Ufer des Zambesi; dann eine Linie, die 5 Meilen aufwärts vom Zusammenflusse des Shari mit dem Zambesi reicht, und von dort eine Linie, welche im Norden der Wasserscheide zwischen den Zuflüssen des Nyassa-Sees und den andern Zuflüssen des Zambesi verläuft, bis zu ihrem Schnittpunkte mit der Linie, welche die Wasserscheide zwischen dem Congo- und dem Zambesi-Becken bildet; weiter folgt diese Linie der Wasserscheide in ihrer Verlängerung bis zum Hauptnebenflusse, dem Kwango, oder Kwa; von diesem Punkte streicht sie nordwärts längs dem linken Ufer des Kwango oder Kwa bis zum Treffpunkte der Parallele 7° 50' südlicher Breite; von diesem Punkte die Parallele 7° 50' südlicher Breite entlang bis zum Logé-Flusse und längs des linken Ufers dieses Flusses bis zum Atlantischen Ocean.“

Im großen und ganzen erklärte sich die Konferenz mit den beiden erstgenannten Beschlüssen einverstanden, einzelne Amendements, welche zur Annahme gelangten, betrafen mehr redaktionelle Abänderungen. In Betreff des dritten Punktes mußte der Beschluß ausgesetzt werden, weil ein Bevollmächtigter noch ohne Instruktionen seitens seiner Regierung war.

Seitens des französischen Bevollmächtigten wurde der Vorschlag eingereicht, monach die Konferenzmächte den Regierungen, welche auf dem afrikanischen Küstenstrich des Indischen Ozeans, ostwärts des Congo-Beckens, Souveränitätsrechte haben, ihre guten Dienste anbieten, um dem Transit aller Nationen die günstigsten Bedingungen zu sichern.

Ein von dem niederländischen Bevollmächtigten eingereichter Vorschlag möchte den Begriff der Handelsfreiheit auch auf die Seen ausgedehnt wissen, desgleichen auf alle Kanäle, welche künftig zu dem Zwecke angelegt werden könnten, die verschiedenen Schiffsfahrts-Strassen des Congo-Beckens untereinander zu verbinden.

Zu den Auslassungen des Reichskanzlers in der Reichstags-Sitzung vom letzten Mittwoch bemerkt die „Post“ u. a. folgendes:

Noch bedeutsamer und bezeichnender war die Charakteristik, welche der Reichskanzler von den Parteien im Reichstage gab. Man hatte während der Wahlen oft genug behauptet, daß die Regierung a deux mains arbeite, für den Fall der Nichterreichung einer nationalen Mehrheit weiter mit dem Centrum arbeiten wolle. Die gestrigen Reden des Fürsten Bismarck bezeugen umgekehrt die tiefe und feste Ueberzeugung desselben von der Nothwendigkeit einer nationalen Reichspolitik. Unumwunden ist dem Centrum der wahre Charakter seiner Bestrebungen, Vorkreuzung, wohl noch nie vorgehalten worden; soweit in einzelnen hochkonservativen Köpfen darüber noch Unklarheit bestanden haben sollte, wird sie jetzt wohl endgiltig beseitigt sein. Die Gefahr einer Vereinigung der Reichstheile in beiden Lagern ist wenigstens für einige Zeit glücklicherweise überwunden.

Die ungeschminkte Wahrheit liegt den tiefsten Eindrücken nicht zu verfehlen; kein Wunder, daß Herr v. Schorlemer unter den Worten des Fürsten Bismarck sich ebenso aufbaunte, wie die Herren Richter und Ricker unter dem Vorwurfe demokratischer Gesinnung

und des Strebens nach parlamentarischer Herrschaft. Formlos und naiv war es dabei von dem Letzteren, sich auf die Beurteilung seiner 1880 gegen Richter gehaltenen Militärede in den Regierungsorganen zu berufen, nachdem er selbst inzwischen zu seinem damaligen Gegner übergegangen ist. Die gemäßigten Elemente unter den früheren Sezessionisten mögen peinlich von dem Vorwurf demokratischer Tendenzen berührt sein, ihre bössischen Hoffnungen verfließen stark, wenn sie von dem verantwortlichen Minister des Kaisers als Demokraten bezeichnet werden. Allein, so lange sie einer Partei angehören, deren linker, jetzt offenbar weit überwiegender Flügel die demokratische Fahne offen entrollt, — man denke nur an die Beurteilung der Kandidaturen Jordanbeck und Baumbach in den allfortschrittlichen Organen — wanngleich die Führer zur besseren Einfassung der guten Bürger noch die Maske gemäßigter Anschauung zu tragen für gut halten, werden sie den Vorwurf der Demokratie sich gefallen lassen müssen; wollen sie sich ihm nicht mit Recht aussetzen, so mögen sie zu den Nationalliberalen zurückkehren. Für die weitere Scheidung der liberalen Wählerklassen in eine gemäßigte und eine radikale Gruppe wird es jedenfalls von Bedeutung sein, wenn sie mehr und mehr darüber klar werden, daß die Vereinigung mit den Demokraten die in dem Rückbildungsprozess von den Nationalliberalen zu den Deutschfreisinnigen angelangten Männer gleichfalls zu solchen stempelt.

Die Selbstlosigkeit des radikalen Liberalismus, welche Herr Ricker wieder einmal in elektrischem Lichte zeigte, ist nach Birchows bekanntem Eingeständnis nur Noth, nicht Tugend. Die Trauben hängen, seit der große durch die Fustion vorbereitete Sprung am 28. Oktober so glücklich mißlang, jetzt höher denn jemals; sie werden den herrschaftsklüfternen Parteiführern auch durch ihr Zusammenwirken mit Centrum und Sozialdemokratie schwerlich mundgerechter werden. Denn in der That gibt es keinen blutigeren Lohn auf das Bestreben nach parlamentarischer Mehrheitsherrschaft, als die Mehrheit des gestrigen Reichstages, welche in der That nur durch die gemeinsame Gegnerschaft gegen den leitenden Staatsmann zusammengehalten, von keiner positiven Gemeinsamkeit der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Auffassung getragen wird. Die Gegner des Parlamentarismus können in der That sich nichts Besseres wünschen, als die durch deutschfreisinnigen Ansturm und Wahlakt geschaffene parlamentarische Lage; der Parlamentarismus wird dabei durch das Parlament selbst ad absurdum geführt. So führt der deutschfreisinnige Feldzug zur Ersetzung des deutsch-preussischen konstitutionell-monarchischen Systems durch die Parlamentarität in Wahrheit zur Stärkung des ersteren, zur Abwirthschaftung der letzteren. Daß Fürst Bismarck's Worte auch nach dieser Richtung klärend gewirkt haben, ist nicht ihr geringstes Verdienst.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Nov.

(Fortsetzung des gestrigen Telegramms.)

v. Benda befürwortet seinen Antrag, folgende Kapitel des Etats an die Budgetkommission zu verweisen: das gesammte Extraordinarium, sowie die Etats des Reichstages, des Auswärtigen Amtes, des Reichsamtes des Innern, sieben Kapitel des Militäretats, den Etat der Marine, des Reichs-Schatzamts, der Reichsschuld, des Pensionsfonds, sowie einzelne Einnahmestats. Für angemessene Steuerermäßigungen sei die national-liberale Partei zu haben, sie werde aber nicht die Initiative ergreifen und neue Steuern beantragen.

Riegsminister Bronsart v. Schellendorf: Es seien Bauten in seinem Ressort begonnen, ohne daß vorher der Reichstag gefragt worden sei. Nachher sei diese Zustimmung im vorgelegten neuen Etat beantragt worden. Niemand habe daran gedacht, das Budgetrecht des Reichstags zu beeinträchtigen. Es war an maßgebender Stelle die Ueberzeugung vorhanden, für die Sicherheit des Reichs sei es gefährlich, das System der projektirten Anlagen im Reichstage zur öffentlichen Diskussion kommen zu lassen. Alles Weitere sei er bereit in der Budgetkommission zu erörtern. 1877 sei ein ähnlicher Fall vorgekommen, ohne daß jemand darin einen Angriff auf die Staatsrechte des Reichstages beabsichtigt.

Finanzminister v. Scholz: Es sei ganz irrig, wenn man annehme, daß der vorgelegte Etat die Ausführung der in Preußen in Aussicht genommenen Reformen, Schuldotation, Kommunalsteuer-Reform u. s. w. lahm lege. Die Höhe oder auch der gänzliche Wegfall der Matricularbeiträge hätten darauf keinen Einfluß. Redner weist den Vorwurf zurück, als habe die Regierung mit den Steuerprojekten im Reichstage darum keinen Erfolg gehabt, weil sie unterlassen habe, das Bedürfnis nachzuweisen. Diese Beweise erachte er im vollsten Umfange erbracht. Jetzt sei es Sache auch des Reichstags, anzugeben, welche Steuerprojekte er für opportun halte und unterstützen wolle. Er müsse sich wundern, daß dieser einfache Standpunkt auf so schwerwiegende konstitutionelle Bedenken stoße. Wenn man die Ausgaben, die man als nöthig erkannte, leisten muß, wird allerdings, wenn die Mittel dazu nicht vorhanden sind, darauf Bedacht genommen werden müssen, neue Einnahmen zu finden. Redner kündigt an, daß dem preussischen Landtag in der nächsten Session das abgelehnte Gesetz wieder vorgelegt wird, welches die dritte und vierte Klasse der Steuerstufe aufhebt. Das sei eine Erleichterung, die Hand im Sand mit den Neubelastungen gehe, die doch sehr überschätzt würden. Die neu bewilligten Reichseinnahmen kommen nicht in dem vollen Betrage zu den Erleichterungen und Verschreibungen der Belastungen zur Verwendung, weil fort und fort auch neue Aufgaben an das Reich herantreten, die vorher nicht vorhanden waren. Leider fallen mit der fortschreitenden Entwicklung des Staates die alten Aufgaben nicht in dem Maße, wie neue hinzukommen, fort, dabei aber sei unsere Finanzlage immer doch eine derartige, daß alle Bedürfnisse im ordnungsmäßigen Wege, ohne allzu starke Heranziehung der Steuerzahler, gedeckt werden können.

Fortsetzung der Berathung morgen.

Zu der gestern mitgetheilten Rede des Reichskanzlers Fürsten

Bismarck enthält an der Stelle, wo derselbe über den Mißbrauch der Freikarten der Reichstags-Abgeordneten sprach, der Bericht einige Unrichtigkeiten. Die Stellen hiermit diesen Passus nach dem stenographischen Bericht der „Nordd. Allg. Ztg.“ in folgendem fest. Der Reichskanzler sagte:

„Ein Mißbrauch, welcher zu einer Kritik, die auf den Reichstag und die Institution zurückfallen kann, im Volle Anlaß gibt, ist es jedenfalls, wenn ein Abgeordneter während einer Sittingszeit von 8 Monaten mit dieser Freikarte über 17,000 km auf den deutschen Eisenbahnen zurückgelegt hat — ein einziger, und zwar kein Sozialdemokrat — (hört! hört!); wenn andere Abgeordnete dem nahe gekommen sind mit 10- bis über 12,000 km — in der Zeit von 8 Monaten. . . .“

### Deutschland.

\* Berlin, 27. Nov. In der heutigen Konferenzsitzung wurde der Bericht der Kommission erstattet und dessen Vorschläge über die Grenzen des Congo-Beckens in allen wesentlichen Punkten angenommen, einschließlich des von der Konferenz auszudrückenden Wunsches, betreffend die Ausdehnung der Handelsfreiheit des Congo-Gebiets nach Osten unter Wahrung der dort bestehenden Souveränitätsrechte, welche namentlich von Portugal, Sansibar und einem eingeborenen König ausgeübt werden. Zur Regelung der einschlägigen Fragen werden die Mächte ihre guten Dienste dort anbieten. Zur Verständigung über einzelne Detailfragen wird morgen eine Kommission zusammentreten, welche aus den namentlich Staaten bestehen dürfte, wie die bisherige. Nach Beendigung der Arbeiten dieser Kommission wird eine Redaktionskommission sämtliche bisherigen Beschlüsse formulieren. — Man bestätigt, daß in Uebereinstimmung mit dem in der deutschen Depesche nach London vom 2. November ausgedrückten Wunsche und nach dem bald darauf verwirklichten Vorgange Deutschlands die Unterhandlungen zwischen mehreren Staaten und der Afrikanischen Gesellschaft wegen Anerkennung der letzteren in gutem Gange sind und für diese baldige Anerkennung gegründete Aussicht vorhanden ist. — In die Reichstags-Vorkommission wurden der Präsident v. Wedell und die Abgeordneten Kehler, Heremann, Graf Meiß, Karbott, Richter, Löwe und Römer gewählt.

— In Folge des Beschlusses der nationalliberalen Vertrauensmänner-Versammlung, welche hier vor 8 Tagen stattfand, ist heute folgender Aufruf betreffend die Bildung eines nationalliberalen Vereins in der Hauptstadt erschienen:

„Die in der Reichshauptstadt zahlreich vorhandenen Männer der gemäßigt-liberalen Richtung sind seit Jahren bei allen öffentlichen Kundgebungen des politischen Volkswillens im Hintergrunde geblieben und deshalb nicht zur Geltung gelangt. Während bei den letzten Reichstags-Wahlen in den weitesten Kreisen, namentlich im Süden und Westen des deutschen Vaterlandes, die nicht von der freundlichen und fruchtbringenden Arbeit für das Wohl und das Ansehen des Reichs und seiner Bewohner abgedrängten Kräfte der alten nationalen und liberalen Partei mit überzeugungsstarker Begrüßung und erfolgreich in den Kampf eintraten, verhielten sich viele unserer politischen Freunde im Osten Preußens in Thätlosigkeit. Tausende der Wähler Berlins wurden vor den Gewissenszwang der Wahl zwischen Kandidaten der extremsten politischen und sozialen Richtungen gestellt. Das darf nicht länger so bleiben! Straffe Organisation und ausdauernde Pflichterfüllung wird unsere Partei zum Siege führen. Die Unterzeichneten sind deshalb in Uebereinstimmung mit zahlreichen Spannungsgenossen zu einem „Nationalliberalen Verein“ zusammengetreten und fordern die gleichgesinnten Bewohner Berlins und der Umgegend zum Beitritt auf. Das Programm des Vereins ist das der parlamentarischen nationalliberalen Partei, welches in der Parteiversammlung vom 18. Mai d. J. angenommen und bestätigt wurde. Das definitive Statut wird in einer dazu berufenen Versammlung festgestellt werden.“ Folgen die Unterschriften, unter denen wir hervorheben die der Herren v. Senba, v. Cuny, Dr. Hammacher, Dr. Bräuer, Kuhlmann, Bödman, Pleiderer, Dr. Wehrenpennig, Reimer, Dr. Meiß, v. Bernuth, Ancke, Sombart, Dr. Jonas, Wächter, Jerusalem.

— Die Remedur, welche nach der „N. A. Z.“ wegen des Auftretens der medizinischen Fakultät gegen Herrn Prof. Schwening eingetretet ist, hat nach der „Vossischen Zeitung“ darin bestanden, daß der Kultusminister die Fakultät darauf aufmerksam gemacht hat, in ihren Statuten sei eine Beschlusfassung über das nicht amtliche Verhalten der einzelnen Mitglieder zu einem außerordentlichen Professor (der als solcher der Fakultät nicht angehört) nicht vorgeben.

— Wie schon kurz gemeldet worden, hat der Abg. v. Wedell-Malchow den Geschäftssteuer-Entwurf heute im Reichstag eingebracht, welcher in der vorigen Session, nachdem die ursprüngliche Vorlage im Bundesrat erheblich modifiziert worden war, nicht mehr zur Verhandlung kam. Danach sollen Gegenstand der Besteuerung nicht mehr die ausgestellten Schriftstücke (Schlussnoten und Rechnungen), sondern die Geschäfte selbst, auch die außerhalb der Börse geschlossenen, sein. Der in Aussicht genommene Abgabensatz, bisher 0,20 bez. 1 M. (Zeitgeschäfte), ist ein prozentualer, er beträgt  $\frac{1}{10}$  vom Werth des Gegenstandes des Geschäfts. Die Grenze des Beginns der Abgabepflichtigkeit ist bei Waarengeschäften auf 10,000 M. normirt. Ferner ist bestimmt, daß Geschäfte über solche Waaren abgabefrei sein sollen, welche von einem der Kontrahenten selbst erzeugt, oder handwerks- oder fabrikmäßig hergestellt, oder welche zum Weiterverkauf nach vorgängiger Ver- oder Verarbeitung durch einen der Kontrahenten bestimmt sind. Endlich ist angeordnet, daß die erhobene Abgabe erstattet werden soll, wenn der Nachweis geführt wird, daß die über inländische Sachen und Waaren abgeschlossenen Geschäfte unmittelbar unter den Kontrahenten durch wirkliche Auslieferung an den Erwerber erfüllt worden sind. Zur Kontrolle hat jeder, der eins der abgabepflichtigen Geschäfte für eigene Rechnung oder als Kommissionsär gewerksmäßig betreibt, ein auf seinen Namen lautendes, von der Steuerbehörde beglaubigtes Steuerbuch zu führen und die abgeschlossenen, abgabepflichtigen Geschäfte einzutragen. Monatlich ist ein Auszug der Steuerbehörde abzuliefern. Auch die veridigten Mäler haben dahin einen Auszug aus ihrem Tagebuch einzuliefern. Die Steuerbehörde hat das Recht, die Steuerbücher selbst zur Prüfung einzufordern.

Kiel, 27. Nov. Mittelft allerhöchster Kabinettsordre vom 25. November ist Kapitän zur See v. Kall zum Inspektor der 2. Marine-Inspektion und Korvettenkapitän Schulze zum Kommandeur der 1. Werftdivision ernannt.

Braunschweig, 26. Nov. Was zu der vom Herzoge Wilhelm hinterlassenen Erbschaftsmasse gehört, wird nur mit großen Schwierigkeiten festzustellen sein. Der Kurator der Erbschaft wollte, wie der „Post“ geschrieben wird, den gesammten Marstall, das Silber, Leinwand u. s. w. als zur Erbschaft gehörig in Anspruch nehmen, doch ist von Seiten des Regentenschaftsrathes Widerspruch dagegen erhoben und die Behauptung aufgestellt, alle jene Dinge gehörten zu der herzoglichen Hofhaltung. Der Kurator hat sich vorläufig gefügt, was aber nicht ausschließt, daß die erhobenen Ansprüche eventuell im Wege Rechts doch noch verfolgt werden. Es ist zu hoffen, daß durch Vergleiche die großen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt werden; andernfalls würden sehr langwierige, kostbare Prozesse entstehen, über deren Ausfall es schwer sein möchte, heute schon eine bestimmte Meinung auszusprechen. Die Nachrichten, welche die „Wiener D. Ztg.“ über in die Zeit aufgefundenen bedeutende Summen aus der Nachlassenschaft des Herzogs Wilhelm bringt, sind trotz der „besten Quelle“, aus der sie geschöpft haben will, nicht korrekt. Es ist erstens unrichtig, daß niemand das Vorhandensein des Geldes geahnt hat. Im Gegentheil wußte man ganz genau, daß wie in Braunschweig, so auch in Hiesing Herzog Wilhelm stets eine große Summe in Baar vorrätig hatte. Die Höhe der Summe kannte natürlich niemand. Gefunden haben sich in der eisernen feuerfesten Kasse in Hiesing 407,000 Frs. in Tausend-Francscheinen und Gold, sowie 60,000 M. in Tausend-Markscheinen. Außerdem waren bei einem der Beamten 40,000 Gulden in Werthpapieren vorhanden.

Hannover, 26. Nov. Gestern war außer dem hannoverschen Sparkassen-Tage, der zur Herstellung der Uebertragbarkeit der Einlagen Anschluß an den Westdeutschen Verband in Essen beschloß, auch das Comité des deutschen Sparkassen-Tags hier versammelt, das sich mit der Post-Sparkassen-Vorlage beschäftigte, unter dem Vorsitz des Landtags-Abgeordneten Seyffardt (Crefeld). Man beschloß, seine Ansichten in einer Erklärung niederzulegen, die den Mitgliedern des Reichstags zugehen soll. Die Hauptsache wird in derselben sein die Herabsetzung des Zinsfußes der Post von 3 auf  $2\frac{1}{2}$  Proz. und die gegenseitige Feststellung etwaiger späteren Abänderungen des Zinsfußes. Dafür, daß man die Reichspost auf die früher von ihr vergeblich betriebene bloße Vermittlerrolle zurückzuverweisen versuchen solle, sprachen sich nur vereinzelte Stimmen aus. Aber auch der Höchstbetrag der Posteinlagen von 1000 M. fand nur wenige Gegner. Ein zweiter Beschluß ging dahin, den Sparkassen nochmals dringend die zeitgemäßen Reformen an's Herz zu legen: Pfennig-Sparkassen oder Sparmarken-Verkauf in Läden, möglichst zahlreiche Nebenstellen, möglichst ausdehnte Geschäftszeit, Uebertragbarkeit der Einlagen nach rheinischem Muster, geperrte Büchlein u. a. Mit der Frage der Gewinnbeteiligung der Anleger wird sich der nächste Sparkassen-Tag beschäftigen, der wohl schon im Frühjahr 1885 stattfinden dürfte. Der geschäftsführende Ausschuß, bisher nur aus den Herren Dr. Heyden in Essen, A. Lammer in Bremen und L. F. Seyffardt in Crefeld bestehend, wählte sich zu die Herren G. Claussen in Bremen, Stadt-Syndikus Düllo in Brandenburg, Oberbürgermeister Pache in Essen und Oberbürgermeister Künze in Plauen. Letzterer stellte in Aussicht, daß der Sächsisch-Sparkassen-Verband sich dem Westdeutschen Verband ebenfalls anschließen werde, so daß dieser gute Aussicht hat, zu einem allgemeinen deutschen Verband auszuwachsen.

Darmstadt, 27. Nov. In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer wurde von dem Präsidenten des Finanzministeriums Weber das Budget pro 1885 bis 1888 vorgelegt. Nach demselben betragen die ordentlichen Ausgaben 17,000,000 Mark, zeigen mithin ein Mehr von 700,000 M. gegen das laufende Budget; die ordentlichen Einnahmen decken die Ausgaben. Die sich aus den neuen Steuergesetzen ergebenden Steuern sollen zur Herabsetzung der alten Steuern dienen. Das gesammte Budget schließt mit einem Restbetrag von 37,000 M. ab. Nach der vollständigen Begebung der für die Brückenbauten bei Mainz und bei Rottheim, für Nebenbahnen und zur Deckung der durch die Ueberschwemmung erzeugten Nothstände bewilligten Anleihen wird die Zunahme der Staatsschuld 6,085,682 Mark betragen, trotzdem mehr als eine halbe Million bei den Schulden getilgt worden ist. Die gesammte Staatsschuld wird sich auf 40,797,898 M., darunter nahezu 34,000,000 M. Eisenbahn-Schulden belaufen. 5,000,000 Mark von den Anleihen sind noch nicht begeben und 1,000,000 M. derselben sollen gar nicht begeben werden. Den Passiven stehen 24,222,962 M. Aktiva und der Kapitalwerth der Staatsbahnen gegenüber.

### Italien.

Rom, 27. Nov. Die Majorität der Kammer sprach sich in einer vor Beginn der Sitzung stattgehabten Zusammenkunft für die von Depretis vorgeschlagene sofortige Verabreichung der Eisenbahn-Konvention aus.

— Senat. Durando nimmt den Präsidentensitz mit einer kurzen Ansprache ein. Ein Antrag Desfilippo's wird angenommen, welcher dem Könige die allseitige Bewunderung anlässlich seines Besuchs der Cholera-kranken ausdrücken soll.

— Kammer. Der Präsident erinnerte an des Königs Besuche in Neapel und Brescia während der Cholera. Die Kammer nahm einstimmig — die Redaktionen inbegriffen — die Anträge Sandonato's und Cavaletto's an, dem Könige und dem Herzoge von Aosta Bewunderung und Dank auszudrücken und eine Kommission zu ernennen, um denselben den Beschluß zu überbringen. — Der Finanzminister legt ein rektifizirtes Budget für 1884/85 und den Voranschlag für 1885/86 nebst einem allgemeinen Berichte über die Finanzlage vor. Depretis bringt einen Entwurf betr. Assanierung Neapels ein, welcher für bring-

lich erklärt wird. Sodann wurden mehrfache Interpellationen angemeldet, namentlich von Crispi über die Prinzipien der innern Politik der Regierung. Depretis behält sich die Erklärung vor, ob und wann er antworten werde. Die Sitzung wird aufgehoben wegen Beschlußunfähigkeit.

### Frankreich.

Paris, 27. Nov. Die gestrige riesige Rede Ferry's machte in den ersten  $2\frac{1}{2}$  Stunden den Eindruck, als ob Ferry die Deputirten durch Ermattung und Einschläferung zur Bewilligung seiner Politik zwingen wollte. Niemand begriff die unendlich lange historische Darlegung und Verlesung allbekannter Schriftstücke. Erst der letzte Theil der Rede gestaltete sich packend und dramatisch und zeigte Ferry's parlamentarische Geschicklichkeit im glänzendsten Lichte. Die Gegenüberstellung gemäßigter französischer Forderungen und der übertriebenen, fast lächerlichen chinesischen Ansprüche brachte in der Kammer eine wahre Empörung zuwege, und als Ferry, diese Stimmung benutzend, ausrief: „Sie werden die Kredite bewilligen!“ und gleichzeitig neuen Kredit beantragte, da war sein Sieg entschieden. Daß er die Mehrheit erhalten würde, war schon vorher sicher, jedoch nur eine misanthropische, gezwungene Mehrheit. Jetzt, da es durch die „übertriebenen chinesischen Ansprüche“ gelungen ist, die Ministerfrage durch die patriotische Frage zu ersetzen, ist nicht nur eine zahlenmäßige, sondern eine einverständliche Mehrheit gesichert. Daran werden die heutigen Debatten nichts ändern. Angesichts der neuen kraftvollen Haltung Ferry's erklären auch die sonst Ferry feindlichen Blätter, daß das Ministerium jetzt mit allen Kräften zu unterstützen sei. — Die „Ag. Havas“ meldet: Die zwischen Frankreich und Marokko bestehenden Schwierigkeiten wurden beseitigt, indem der Sultan in einem an den französischen Gesandten Dr. dega gerichteten Schreiben die betreffenden Maßnahmen der marokkanischen Beamten vollständig desavouirte. — Nach dem heutigen Wochenbericht starben in der Woche vom 16. bis 22. November 1306, darunter 238 an der Cholera. Die Zahl der an der Cholera Gestorbenen beträgt seit Beginn der Epidemie 866. Die Cholera-epidemie blieb fortgesetzt auf einzelne schmutzige, ungelüftete Quartiere beschränkt, ist fortgesetzt in Abnahme, auch in den Quartieren, wo dieselbe ausbrach. — Wegen der tumultuarischen Vorgänge im Saale Levis am vorigen Sonntag wurden heute abermals mehrere Personen verhaftet. — Ueber die Affaire Hugues-Morin wird noch folgendes bekannt: Die Eheleute Hugues hatten schon lange gegen Morin wegen Verleumdung der Ehefrau Hugues prozessirt. Morin wußte stets die Entscheidung hinauszuschieben, und setzte auch heute seine Ansprüche durch. Als Frau Hugues, im höchsten Grade erregt, in Begleitung ihres Gemannes und des Advokaten die Treppe des Justizpalastes herunterstieg und Morin bemerkte, gab sie auf Morin 4 Revolverkugeln ab und erklärte dem sie verhaftenden Polizeibeamten, sie hoffe den getödtet zu haben, der sie seit 2 Jahren durch Verleumdungen vernichtet habe.

— Deputirtenkammer. Heute war wieder ein gleicher Zubrang und dieselbe Erregtheit, wie an den Tagen vorher. Der Ausschuß hat die neuen Kreditvorlagen mit 7 gegen 4 Stimmen gutgeheißen. Bei Eröffnung der Sitzung late Le Roy den Bericht vor, in welchem die Bewilligung des Kredits empfohlen wird. Ebenso tritt der Ausschuß mit 5 Stimmen (bei 4 Stimmenenthaltungen) für die etwaige Belegung der Provinzen des nördlichen Tonkins ein. (Bewegung.) Der Verhandlung wohnte wieder der deutsche Botschafter Fürst Soltikow in der Diplomatensloge bei. — Clemenceau greift heute die Politik der Regierung an, die einen Fehler nach dem andern begangen. Allerdings habe sich China als unwürdig bewiesen, aber nach dem Vorfall von Bac Le habe es doch annehmbare Vorschläge gemacht. Die französische Regierung habe ein politisches Verbrechen begangen, als sie diese zurückwies. Das vergossene Blut werde auf Ferry zurückfallen. Clemenceau verurtheilt die eingeschlagene Politik der Forderung, welcher auch der Ausschuß weniger geneigt sei als Ferry. Aus diesem Grunde sei der Ausschuß für die Belegung der Nordprovinzen Tonkins. Redner ist gegen die englische Vermittlung; England sei in der Sache zu sehr selbst interessiert. Zudem sei die Regierung durch ihre Kolonialpolitik in verhängnisvoller Weise in Bismarck's Schäre hineingezogen worden; sie ist, wie ein Leipziger Blatt bemerkt, Schuldner Deutschlands geworden. Frankreich müsse unabhängig bleiben, indem es mit allen Mächten auf freundschaftlichem Fuße verharre. Bismarck ist gefährlich als Feind, noch weit gefährlicher jedoch als Freund. Er ist es, der Frankreich auf Tunis wies; sein Zusammengehen mit Frankreich am Congo bezweckt nur, es von England zu trennen. Man sei sehr auf der Hut, um nicht die Würde und nationale Ehre bloßzustellen. Er bemerkt, wenn nicht die Frage der verletzten Eitelkeit zwischen der französischen Regierung und China bestände, wäre der Friede leicht möglich. (Beifall auf der Linken.) Ministerpräsident Jules Ferry: Der Redner hat kein Recht zu dieser Behauptung. Clemenceau: Im Ausschusse erklärte Herr Ferry selbst, daß der Friede unter gewissen Bedingungen möglich sei. Von der Depesche Vatout's behauptete ich: diese ist nur ein Mandat. Ferry widerspricht; es seien wirklich China's Bedingungen. Clemenceau: Dann würde die Regierung die Vermittlung nicht angenommen haben. Redner hält übrigens die geforderten Kredite nicht für ausreichend. Wenn die Kammer politisch vorgehen will, muß sie die nötigen Kredite zu einem Zuge nach Peking bewilligen; sie darf in der bisherigen Weise nicht weitergehen, daß das Geld verschleudert wird, nur um die Fehler der Regierung zu decken. (Beifall.) Artikel 1 der Vorlage, ein Kredit von 14 Millionen, wird angenommen, ebenso Artikel 2 bis 4. Larocheoucault protestirt namens der Rechten gegen die Politik der Regierung. Douville-Maillefeu fragt, ob die Bewilligung der Kredite ein Vertrauensvotum enthält. Jules Ferry bejaht die Frage. Ribot, Freund Dufaure's, erklärt, er werde in diesem Falle gegen die Bewilligung stimmen. Die ganze Vorlage wird mit 361 gegen 166 Stimmen angenommen. Dann erfolgt auch die Bewilligung des neuen Kredits von 43 Millionen mit 351 gegen 179 Stimmen. Hierauf werden verschiedene Tagesordnungen verlesen. Mit 307 gegen 157 Stimmen wurde beschloffen, zuerst über die Tagesordnung Spuller zu beraten. Die Abstimmung wird morgen öffentlich von der Tribüne erfolgen. Schluß  $7\frac{1}{2}$  Uhr.

**Großbritannien.**

London, 27. Nov. Nach dem „Standard“ sind die Vorschläge der englischen Regierung betreffs der Finanzen in Ägypten folgende: England schießt 5 Millionen Pfd. St. zur Tilgung der administrativen Lasten vor, davon ist 1 Million für Bewässerungsanlagen in Unterägypten bestimmt. Die Einkünfte der Daira und der Domänen dienen als Sicherheit für die Anleihe, welche von England mit 3 1/2 Prozent garantirt und in die englische Bank eingezahlt wird. Der Zinsfuß der Prioritätsschuld wird nicht reduziert; dieser Schuld wird der Betrag der Entschädigungen für die Verluste in Alexandria hinzugefügt. Die Daira-Anleihe geht in der unifizirten Schuld auf. Der Zinsfuß der ganzen unifizirten Schuld wird um 1/2 Prozent reduziert, wodurch jährlich 320,000 Pfd. St. erspart werden. Die Zinsen der englischen Euzkanal-Aktien werden um 1/4 Prozent reduziert. Die Daira- und Domänenverwaltung wird abgeschafft. — Ein Leitartikel der „Times“ stützt die Vorschläge der englischen Regierung übereinstimmend mit dem „Standard“ und meldet, daß die Summe der Entschädigungen für die Verluste in Alexandria durch die Creirung von 4,000,000 Pfd. St. neuer 5prozentiger Prioritätsbonds beschafft werden soll.

**Rumänien.**

Bukarest, 27. Nov. Die Thronrede des Königs konstatiert, daß die Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze überall in größter Ordnung vollzogen worden sind. Rumänien stehe mit allen Mächten, besonders den Nachbarmächten, im besten Einvernehmen. Durch die Friedenssäure unterstützt, könne das Land, das sich im Innern moralisch und materiell entwickle, die Verwaltung verbessern, der Justizpflege mehr Sicherheit geben, der Bevölkerung mehr Vertrauen einflößen. Dem Unterricht und der nationalen Erziehung müßten nach Möglichkeit Opfer gebracht werden. Auch die Lage des Priesterstandes müsse verbessert werden. Die Thronrede weist auf die landwirtschaftliche Krisis Europas hin, welche in Rumänien doppelt fühlbar sei und hier eine Geldkrise hervorrief. Das Land sei zwar bei geordneten Finanzen von der Krise überrascht worden, gleichwohl werde sie der Regierung Anlaß zur Schaffung von Abhilfe, namentlich zur Hebung der Landwirtschaft, sowie der Industrie geben. Die Thronrede wurde bei mehreren Stellen mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Türkei.**

Konstantinopel, 27. Nov. Der deutsche Botschafter, Herr v. Radowiz, ist an einem typhösen Fieber erkrankt. — Der apostolische Gesandte, Rotelli, stattete dem neuen griechischen Patriarchen einen Besuch ab, welchen dieser erwiderte. Es ist das erstmal, daß derartige Besuche ausgetauscht werden.

**Großherzogthum Baden.**

Karlsruhe, den 28. November.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin gedenken nächsten Montag den 1. Dezember zu bleibendem Aufenthalt in die Residenz zurückzukehren.

\* **Bruchsal, 27. Nov. (Gewerbeverein.)** — Kleinkinder-Schule. Der Vorstand des Gewerbevereins hat gestern beschlossen, unter den Mitgliedern eine Liste behufs Anmeldung zu der projektirten Ausstellung zu lassen, um dadurch einen Ueberblick über die Theilnahme zu gewinnen und alsdann mit bestimmten Vorschlägen bezüglich des Arrangements hervortreten zu können. — Die gestern Abend stattgehabte Generalsammlung der Aktien-Gesellschaft zum Bau einer Evang. Kleinkinder-Schule hatte sich eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen. Der Direktor der Gesellschaft gab einen Rückblick auf die Thätigkeit des Vorstandes während der letzten drei Monate. Mit Recht konnte die Thätigkeit als eine alleseitig befriedigende bezeichnet werden; denn durch die veränderte Art des Bauens, Umbau des gekauften Hauses anstatt Neubau, ist es ermöglicht worden, mit einem geringen Aufwand eine eigene Kleinkinder-Schule zu beschaffen und den ursprünglichen Bauplan, welcher nebenbei bemerkt vom Stadtrat bis 1899 der Gesellschaft pachfrei überlassen worden ist, als Spielplatz für die Kleinen zu besitzen.

— **Heidelberg, 27. Nov. (Bürgermeister-Wahl.)** Auf Einladung des Stadtverordneten-Vorstandes, schreibt die „S. B.“, fand gestern Abend im Gartenfaal der Harmonie eine erste Besprechung über die auf den 11. d. M. anberaumte Wahl des Oberbürgermeisters statt, zu welcher sich die Mitglieder des Bürgerausschusses in großer Zahl eingefunden hatten. Die Leitung der Verhandlungen, die einen vertraulichen Charakter trugen, wurde dem Obmann des Stadtverordneten-Vorstandes, Herrn Dr. Franz Mittermaier, übertragen. Nach lebhafter Besprechung wurde mit großer Mehrheit der Antrag des Herrn Rechtsanwalts Leonhard angenommen, der dahin geht, eine Kommission von zwanzig Mitgliedern zu wählen, welche die Angelegenheit unter Berücksichtigung aller dabei in Betracht kommenden Gesichtspunkte in reifliche Erwägung ziehen und darüber unter Vorlegung der sich ergebenden Ansichten einer weiteren zu Beginn nächster Woche stattfindenden Versammlung der Wahlberechtigten Bericht erstatten soll. Aus den gepflogenen Verhandlungen theilen wir noch mit, daß sich vorzugsweise zwei Ansichten geltend machten; die eine sprach sich für die Wiederwahl des jetzigen Oberbürgermeisters, Herrn A. G. Bilabel, aus, die andere will, bei aller Anerkennung der persönlichen Eigenschaften und der Verdienste des jetzigen Oberbürgermeisters um unsere Stadt, den Posten des ersten Gemeindeführers einem juristisch gebildeten Verwaltungsbeamten übertragen wissen, welchen die neuerliche Entwicklung des Städtewesens für eine solche Stelle unbedingt erfordert. Eine dritte Meinung äußerte sich dahin, daß es lediglich auf die Persönlichkeit ankomme, welche man mit dem Posten betrauen wolle, und daß es irrig sei, wenn man glaube, daß nur ein dem Staatsdienste entnommener Verwaltungsbeamter und nicht etwa auch ein bürgerlicher Reifer entsprechender Mann sich hierzu eigne. Als eine im Verwaltungsfach erprobte juristisch gebildete Kraft wurde Herr Oberamtmann Dr. Wilkens in Bonnborn genannt. Die Wahl des oben erwähnten Zwanziger-Ausschusses, in welchem die verschiedenen Richtungen und Ansichten vertreten sein werden, bildete den Schluß der Verhandlungen.

— **Mann, 27. Nov. (Besuch Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin.)** Am Dienstag den 26. ds. hatte unser stilles Wohl die hohe Freude und Ehre, den Besuch Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin empfangen zu dürfen. Durch ein überaus gnädiges Telegramm Abends zuvor angekündigt, trafen die höchsten Herrschaften mit kleinem Gefolge unter den Klängen unserer Musik Nachmittags 1 Uhr bei uns ein. Im Empfangsalon des Direktors und nachher im großen Anstaltsaal fand die Vorstellung der Angestellten des Hauses statt, nachdem zuvor unser Singchor durch Vortrag zweier Lieder seine und die Guldigung der Anstalt hatte darbringen dürfen. Hierauf begann der Durchgang durch die einzelnen Abtheilungen unseres Hauses und durch den vor 2 Jahren errichteten „Roller-Bau“. Alle neuen Einrichtungen wurden dabei der eingehendsten Besichtigung gewürdigt. In den Besprechungszimmern, welche in freudigem Wett-eifer Morgens festlich geziert worden waren, harrten unsere Herren des so herzlich ersehnten hohen Besuchs. Tief bewegend war die Guld und Gnade, womit das erhabene Fürstenpaar die Bezeugungen der Ehrfurcht und Liebe unserer Pflegebefohlenen in Form von Blumen, kleinen Handarbeiten, selbstgefertigten poetischen Ansprachen entgegennahm, und für jedes einzelne ein Wort tröstender Theilnahme, aufmunternder Hoffnungen, wärmsten Mitgeföhls bereit hatte. Wärter und Wärterinnen erzeuften sich ermutigenden Zuspruch, aneinander Anerkennung. In die Stätten des Entsches und tiefen Weids war eine gehobene Begeisterung eingegeben; manch ein verklärtes Auge leuchtete, mancher sonst schweigsame Mund sammelte Worte tiefgeföhlt Dankes; von den Wärtern fühlte ein jedes sich beglückt an seiner Stelle und in einem Berufe, welchem, neben der eigenen inneren Befriedigung, auch von höchster Seite diese Würdigung entgegengebracht wurde. Und als gegen 4 Uhr, während eben die herausretende Mittagssonne noch unsere herrliche Gegend verklärte, die hohen Besucher unser Mann wieder verließen, erklang hundertfältiger Hochruf auf unser edles Fürstenpaar, dessen Güte und Wohlwollen wir den Fest- und Freudentag verdanken.

**Theater und Kunst.**

\* **Repertoire-Entwurf des Groß. Hoftheaters für die Zeit vom 30. November bis mit 5. Dezember.)** a. Vorstellungen in Karlsruhe. Sonntag, 30. Nov. 130. Ab. Vorst.: „Das Glöckchen des Eremiten“. — Dienstag, 2. Dez. 129. Ab. Vorst.: „Der neue Stifftsarzt“. — Mittwoch, 3. Dez. 124. Vorst. außer Abonn. (zu Sonntagspreisen). Zur Feier des höchsten Geburtsfestes Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin. In festlich beleuchtetem Saale. Zum erstenmal: „Tristan und Isolde“. (Abgabe der Billete zu dieser Vorstellung an Abonnenten: Montag, den 1. Dez., von 11—1 Uhr Mittags; auf Vormerkungen: Montag, den 1. Dez., von 3—4 Uhr Nachmittags; für Auswärtige werden diese zur Abendkasse reservirt.) — Donnerstag, 4. Dez. 132. Ab. Vorst.: „Prinz Friedrich von Homburg“. — Freitag, 5. Dez. 131. Ab. Vorst.: „Bar und Zimmermann“. — b. Vorstellung in Baden. Montag, 1. Dez. 7. Ab. Vorst.: „Der neue Stifftsarzt“.

**Verschiedenes.**

— **Berlin, 27. Nov. (Berlins Zoologischer Garten.)** der durch den Tod seines verdienstvollen Direktors Dr. Bobinus ein so schmerzlichen Verlust erlitten hat, sieht in diesem Jahre auf eine vierzigjährige Geschichte zurück, doch erst unter der Leitung des Verstorbenen ist es ihm gelungen, sich zu einer der populärsten und meistbesuchten Anlagen Berlins emporzuschwingen, auf welche der Berliner mit Recht stolz ist. Der Zoologische Garten ist im August des Jahres 1844 eröffnet worden, und zwar durch eine Privatgesellschaft, welcher durch königliche Munificenz das Terrain der königlichen Fasanerie, sowie pelamäre Unterflügelung aus Staatsmitteln und ein großer Theil des Thierbestandes des königlichen Gartens auf der Fasanerie überlassen worden war. Obgleich dem neuen Institut nun von allen Seiten die lebhafteste Theilnahme angewendet wurde, die sich auch darin bekundete, daß ihm aus weiter Ferne die kostbarsten und seltensten Thierexemplare als Geschenk überwiesen wurden, entwickelte sich der Garten doch nur sehr langsam und hatte bis zum Jahre 1869 mit manchen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es war das Verdienst des Finanzministers v. d. Heydt, daß im Jahre 1869 ein vollständiger Umbruch der Verhältnisse des Gartens und mit der Berufung des Dr. Bobinus hierher eine gänzliche Reorganisation desselben eintrat. In jenem Jahre

wurde das Terrain wesentlich vergrößert und es begann nun die Periode der bald so volkstümlich gewordenen Konzerte und billigen Sonntage. Der Thierbestand des Gartens, der sich in den letzten Jahren durch die glücklichsten Zuchtresultate stark vermehrt hat, ist auch ein Gegenstand steter Fürsorge fremder Monarchen geblieben und verdankt namentlich dem Kaiser von Rußland manches werthvolle Geschenk. Unter den privaten Gönnern unseres Zoologischen Gartens stehen die bekannten Großhändler William und Gustav Schönlanke obenan, die dem Garten viele großartige Geschenke zugewendet haben. Einen Hauptpunkt bildete für den Garten der Drei-Kaiser-Besuch in den September-tagen des Jahres 1872. Am 8. September fuhrn die drei Kaiser mit großem Gefolge in den Zoologischen Garten ein und beschäftigten eingehend die dortigen Schätze. Ein Jahr später, am zweiten Pfingstfesttage des Jahres 1873, durchwanderte der Kaiser von Persien die Gartenanlagen des Zoologischen Gartens.

— **Savona, 27. Nov. (Zwischen Ceiba und Savona)** rief heute früh ein aus 43 Waggons bestehender Eisenbahnzug in zwei Theile. Der zweite, 33 Waggons zählende Theil, stieß so heftig auf den ersten, daß dieser über den Abhang hinuntergeschleudert wurde. Von den Bahnbeamten ist einer todt, vier sind verwundet; die Passagiere sind unverletzt.

**Neueste Telegramme.**

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 28. Nov. Reichstag. Bei der Fortsetzung der Etatsberatung erklärt gegenüber Bebel's Angriffen auf die Militärverwaltung der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, daß unser Heeresystem ein vorzügliches sei, und widerlegt die Behauptung, daß die Militärentlohnung stets zunehmen; bei Pensionierungen liegen fast durchweg Invaliditätszeugnisse vor. Man müsse immer die höchsten Ansprüche bezüglich vollkommener Kriegstüchtigkeit stellen. Deutschlands Stellung im Rathe der Völker beruhe zum nicht geringsten Theil auf seiner starken Armee, an welcher man nicht rütteln dürfe. Abg. Leuschner spricht ebenfalls gegen Bebel und führt aus, der vorgelegte Etat sei keineswegs ein Beweis für ein Fiasko der neuen Zoll- und Wirtschaftspolitik.

An der weiteren Debatte theilnehmen sich Rickert, v. Köller und Staatssekretär Burghard, welcher jede Mitschuld der Regierung an dem Hereinbrechen der Zuckerkrise zurückweist. Schließlich wurden dem Antrag v. Vanda gemäß mehrere Kapitel der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Montag: Dampfersubventions-Vorlage. Kiel, 28. Nov. Die „Kieler Zeitung“ veröffentlicht eine amtliche Mittheilung der Schleswiger Regierung, wonach die Ausweisungen dänischer Staatsangehörigen aus politischen Rücksichten in solchen Fällen erfolgt sind, in denen eine deutschfeindliche Gesinnung in agitatorischen oder öffentlich demonstationen Handlungen zu Tage trat.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Trost in Karlsruhe.

**Familiennachrichten.**

**Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.** Eheaufgabe. 28. Nov. Karl Hill von Weingarten, Bierbrauer hier, mit Regine Walter von Beuren. Todesfälle. 27. Nov. Cyrial Seiler, Ehemann, Wirth, 39 J. — Lina, 8 M. 3 J., v. Ldm. Maier, Möbeltransporteur.

**Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.**

Barom.	Thermom.	Absolute Feucht.	Relative Feucht.	Wind.	Wimmel.
November	in mm	in C.	in mm	in %	
27. Morgs. 9 Uhr 1)	752.2	+ 3.6	4.7	80	SB, bedeckt
28. Morgs. 7 Uhr 2)	749.1	+ 3.9	5.3	87	SB, "
„ Mittags. 3 Uhr	746.4	+ 4.8	5.0	78	SB, "

1) Sturm. 2) Sturm und Regen. Regen = 7.3 mm der letzten 24 Stunden. Wasserstand des Rheins. Mainz, 28. Nov., Mrgs 2.41 m, gefallen 3 cm.

Wetterkarte vom 28. November, Morgens 8 Uhr.



Uebersicht der Witterung. Barometrische Minima lagern in Skandinavien, Westrußland und über der Westhälfte der deutschen Ostsee-Küste, letzteres ist von Nordschottland gekommen, an seiner Südwestseite folgt demselben eine starke bis stürmische, warme und regnerische Luftströmung aus Westfrankreich, welche den an der Vorderseite in reichlichen Mengen aufstretenden Schneeschmelzen bringt. Die Temperaturfronte in Deutschland sind sehr bedeutend; Remel hat -12 Grad mit leichtem Südost, Dortmund +7 Grad mit starkem Westwind. In Nordschottland beginnt das Barometer zu steigen. (Deutsche Seewarte.)

**Franfurter telegraphische Kursberichte**

vom 28. November 1894.

Staatspapiere.	Bahnaktien.
4 1/2 Deutsche Reichsanleihe 103 1/16	Staatbahn 123 3/8
4 1/2 Preuß. Cons. —	Lombarden —
4 1/2 Baden in fl. —	Genève —
4 1/2 „ i. Met. —	Medanburger 218
Deff. Goldrent 86 1/16	Münzger 112 1/2
Silber. 68 1/16	Lübeck-Büchen —
4 1/2 Ungar. Goldr. 78 1/16	Gotthard —
1877er Russen 96 1/8	Loose, Wechsel etc. —
1880er 79 1/16	Wechsel a. Amst. —
11 Orientanleihe 62 1/16	„ „ Lond. —
Italiener 96 1/16	„ „ Paris —
Spanier 64 1/16	„ „ Wien —
5 1/2 Serbien 81 1/8	Napoleon'sb'd'or —
Banken.	Privatdisconto —
Kreditaktien —	Bab. Zuckerfabrik —
Disconto-Commanbit —	Altali Wechsel. —
Basler Banker. —	W a s s e r s t a n d e.
Darmstädter-Bank 153 1/2	Kreditaktien 248 3/4
5 1/2 Serb. Hyp.-Ob. 83 1/8	Staatbahn 254 1/4
	Lombarden 123 3/8
	Tendenz: fest.

Berlin. Kreditaktien — Wien. Kreditaktien 299.— Staatsbahn — Marktnoter 60.28 Lombarden — Tendenz: schwach. Disco.-Comman. — Paris. Laurahütte — 4 1/2 % Anleihe 108.57 Dortmund — Spanien 59 1/4 Marienburger — Egypter 318 Böhm. Nordbahn — Ottomane 597 Tendenz: — Tendenz: —

R. 299.2. Karlsruhe.

### Bekanntmachung.

Die geehrten Abonnenten, welche für das Jahr 1885 ihre Plätze nicht behalten wollen, werden ersucht, die Aufkündigung ihrer Verträge bis längstens 6. Dezember d. J. bei der Großherzoglichen Hoftheater-Verwaltung schriftlich einzureichen. Erfolgt bis zur genannten Zeit keine Kündigung, so werden die Verträge für das Jahr 1885 ausgefertigt.

Anfragen um Plätze u. s. w. wollen an die Hoftheater-Verwaltung gerichtet werden.

Gleichzeitig bringen wir zur Kenntniß, daß mit dem 1. Januar 1885 ein neues Jahres-Abonnement auf den Theaterzettel eröffnet wird, dessen Preis 2 M. 10 S. beträgt und auf welches die Zettelträger Ende Dezember d. J. Unterzeichnungslisten vorlegen.

Karlsruhe, den 27. Oktober 1884.

General-Direction des Großherzoglichen Hoftheaters.

### Circus Blumenfeld.

Heute Abend 8 Uhr:

Grosse brillante Vorstellung.

Sonntags 2 Vorstellungen 4 u. 8 Uhr. 3.926.1.



Eis. Blumentische, eis. Bettstellen für Private, Anstalten, Spitäler; eis. Flaschenschränke, Bidets etc. empfiehlt Wilhelm Wolf in Bühl i. B. Zeichnungen u. Preiscurant auf Verlangen sofort. R. 267.6.

### Wer zweckmäßig annunciren will, d. h. seine Anzeigen in effektvoller Form durch die für den jeweiligen Zweck erfolgreichsten Blätter zu verbreiten beabsichtigt, wende sich an die allgemein bekannte, leistungsfähige Annoncen-Expedition von

**Rudolf Mosse,**  
Hofmarkt 3. Frankfurt a. M., Hofmarkt 3.

(Vertreter in Karlsruhe: Gustav Fromme, Seeburgstr. 4.)  
Dieses Institut steht mit allen Zeitungen und Fach-Zeitungen in intimum Geschäftsverkehr und ist vermöge seiner großen Umsätze mit den Zeitungen in der Lage, die

günstigsten Bedingungen sowie Kostenanschläge gratis zu gewähren. Zeitungs-cataloge

### Restaurations-Gesuch.

3.910. Eine kleinere gangbare Restauration in einer größeren Stadt wird von einem Wirth, welcher längere Jahre ein Hotel geführt, zu pachten gesucht. Briefe erbittet man unter „K“ an die Expedition dieses Blattes.

### Ziegelei-Verkauf.

3.872. Aus freier Hand ist eine Ziegelei mit Dampfmaschine, Ringofen neuerer Konstruktion, Treckenstuppen, Wohnhaus, Scheuer, Stallung, Arbeiterwohnungen, Wiese, Gemüsegarten etc., nahe bei Karlsruhe und der Eisenbahnstation gelegen, unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen, eventuell zu verpachten.  
Das Anwesen ist vollständig antretbar und umfaßt ein Areal von 4 bad. Morgen, 144 Ar, eignet sich aber auch zu jeder andern industriellen Anlage, schon durch Lage und weil am Wasser gelegen.  
Offerten unter G. 100 vermittelt die Expedition dieses Blattes.

### Empfehle

durch Vermittlung meines Schwagers in China direkt bezogene  
**Thees.**  
Auf Wunsch Proben. [R 490.6.  
**C. H. Utrecht,**  
Ludwigshafen a. Rh.

### Bürgerliche Rechtspflege.

**Bekanntmachung.**  
R. 585. Nr. 27.623. Karlsruhe. Der bezüglich des badischen 35 Gulden-Loses Serie Nr. 93.689, auf Dienstag den 5. Mai l. J. bestimmte Auslosungstermin — Karlsruhe Zeitung Nr. 263, 268 und 274 — ist auf Donnerstag den 1. Oktober 1885, Vormittags 10 Uhr, verlegt worden.  
Karlsruhe, den 26. November 1884.  
Gerichtsschreiber des Groß. bad. Amtsgerichts.  
Braun.

**Handelsregister-Einträge.**  
3.900. Nr. 18.018. Rastatt. Ins Firmenregister zu Ord. N. 235 wurde heute eingetragen:  
Die Firma „B. Hügel“ in Rastatt (Flaschenverschleißgeschäft) ist erloschen.  
Rastatt, den 12. November 1884.  
Groß. bad. Amtsgericht.  
Farenshon.

3.911. Nr. 11.410. Eberbach. Unter D. 3. 153 des Firmenregisters wurde

Firma: „G. F. Nagel“ in Mannheim.

Inhaber: Georg Friedrich Nagel, Uhrmacher in Mannheim.  
7. D. 3. 216 des Firm.Reg. Bd. I. zur Firma: „Fr. Louis Rig“ in Mannheim: Diese Firma ist erloschen.

8. D. 3. 308 des Firm.Reg. Bd. I. zur Firma: „G. F. Diez“ in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

9. D. 3. 128 des Firm.Reg. Bd. III. zur Firma: „Adolph Heymann“ in Mannheim. Inhaber: Adolph Heymann, Agent, wohnhaft in Mannheim.

10. D. 3. 712 des Firm.Reg. Bd. I. zur Firma: „Theob. Boffert“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

11. D. 3. 468 des Firm.Reg. Bd. II. zur Firma: „Max Hohmann“ in Mannheim.

Der zwischen Max Hohmann und Helene Pfefferkorn am 15. November 1884 zu Mannheim errichtete Ehevertrag bestimmt in § 1: Von dem gegenwärtigen Vermögensbeibringen wird jeder Theil nur den Betrag von 100 Mark — Einhundert Mark — in die Gemeinschaft ein, alles übrige, gegenwärtige und zukünftige, bewegliche und unbewegliche Vermögen beider Theile hingegen sammt den darauf haftenden Schulden wird von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

12. D. 3. 671 des Firm.Reg. Bd. I. zur Firma: „Karl Petry“ in Mannheim: Die Firma ist erloschen.

13. D. 3. 129 des Firm.Reg. Bd. III. zur Firma: „B. Raibel“ in Mannheim. Inhaber: Valentin Raibel, Schneider in Mannheim.

14. D. 3. 359 des Firm.Reg. Bd. II. zur Firma: „L. S. Reiss“ in Mannheim. Kaufmann Jakob Reiss, wohnhaft in Mannheim, ist als Prokurist befehlt.

Mannheim, den 21. November 1884.  
Groß. bad. Amtsgericht I.  
Ulrich.

### Zwangsvollstreckungen.

R. 577. Bühl.

### Liegenschafts-Versteigerung.

Montag den 22. Dezember 1884, Nachmittags 1 1/2 Uhr, werden im Rathhause zu Leiberstung dem Adolf Koch, Pflugwirth in Leiberstung, die unten erwähnten Liegenschaften der Gemerkung Leiberstung in Folge richterlicher Veräußerung einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt und als Eigentum endgültig zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätungspreis erreicht wird.  
Beschreibung der Liegenschaften:

1. V. B. Nr. 37: 22 Ar 34 Meter Hofraithe u. Mt. Hausgarten mit darauf stehendem zweistöckigen Wohnhaus mit Realwirthschaftsgerechtheit zum „Pflug“ mit zwei Kellern, Scheuer, Stallung, Wagenstall, Holzschopf, Geflügelhaus und Schweineställen, im Orte Leiberstung gelegen, neben Silvester Knäbel und Wea, taxirt . . . 12000

2. V. B. Nr. 1447: 34 Ar 92 Meter Acker auf Breit, neben Gregor Weiss beiderseits, taxirt . . . 1250

3. V. B. Nr. 166: 24 Ar 21 Meter Acker am Dorfacker, neben Gemeindeweg und Hermann Ernst, taxirt . . . 950

4. V. B. Nr. 977: 12 Ar 2 Meter Acker in der Elisch, neben Wendelin Bonn und Adolf Wurz, taxirt . . . 500

5. V. B. Nr. 1517: 24 Ar 3 Meter Acker auf der Buchbrugg, neben Mathews Kay Witwe und Jfidor Droll, taxirt . . . 830

6. V. B. Nr. 106: 14 Ar 88 Meter Acker am Dorfacker, neben Josef Koch u. Josef Droll II., taxirt . . . 650

7. V. B. Nr. 1014: 7 Ar 61 Meter Acker in der Elisch, neben Leopold Jbach u. Wilhelm Freisch, taxirt . . . 330

8. V. B. Nr. 753: 25 Ar 47 Meter Wiesen in den Spödmatten, neben Augustin Lorenz und Jakob Wurz, taxirt . . . 670

9. V. B. Nr. 299: 17 Ar 39 Meter Wiesen in den Dorfmaten, neben Alois Weingartner Witwe und Anton Weiss, taxirt . . . 500

10. V. B. Nr. 599: 20 Ar 52 Meter Wiesen in den Pfarrweiden, neben Julius Gall und Laver Bedtold, taxirt . . . 480

11. V. B. Nr. 193: 16 Ar 34 Meter Wiesen in den Theilen, neben Agid Koch und Johann Ernst, taxirt . . . 450

12. V. B. Nr. 1249: Die Hälfte von 44 Ar 73 Meter Acker in den Steinäckern, neben Karl Koch Witwe u. Leo Lorenz, taxirt . . . 850

13. V. B. Nr. 1302: 17 Ar 85 Meter Acker am Rain, neben Wendelin Bonn u. Josef Droll II., taxirt . . . 800

14. V. B. Nr. 1465: 14 Ar 33 Meter Acker in der Langmatte, neben Wea u. David Koch alt, taxirt . . . 470

15. V. B. Nr. 1244: 26 Ar 28 Meter Acker im Steinacker, neben Georg Jbach und Josef Droll II., taxirt . . . 1050

16. V. B. Nr. 804: 35 Ar 37 Meter Wiesen in den Dorfmaten, neben Leopold Hofmann u. Alois Weingartner Witwe, taxirt . . . 980

17. V. B. Nr. 861: Die Hälfte von 55 Ar 35 Meter Wiesen in den Kirchalleematten, neben Karl Koch Wea. und Domänenrath, taxirt . . . 700

18. V. B. Nr. 876: 28 Ar 8 Meter Wiesen in den Kirchalleematten, neben Benedikt Friedmann Witwe und Ferdinand Lorenz, taxirt . . . 740

19. V. B. Nr. 280: 17 Ar 39 Meter Wiesen in den Dorfmaten, neben Klemeuz Lorenz u. David Koch Witwe, taxirt . . . 560

20. V. B. Nr. 955: 26 Ar 73 Meter Wiesen in den Buchelmatten, neben Bernhard Jbach und Gregor Wagenal von Schwarzach, taxirt . . . 500

21. V. B. Nr. 922: 50 Ar 40 Meter Wiesen in den Buchelmatten, neben Karl Koch Witwe und Anselm Droll, taxirt . . . 1120

Bühl, den 20. November 1884.  
Der Vollstreckungsbeamte:  
L. Mühl.

### Steigerungs-Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem

Karl Rudolf Merkel, Müller in Zell Weierbad, Montag den 15. Dezember 1884, Vormittags 10 Uhr,

im Gemeindehaus allda die unten beschriebenen Liegenschaften dortiger Markung öffentlich zu Eigentum versteigert und zugeschlagen, wenn wenigstens der Schätungspreis aboten wird.  
Beschreibung der Liegenschaften:

1. Lagerbuch Nr. 1201. 10,59 a Haus, Hofraithe und Grasgarten mit dem daraufstehenden zweistöckigen Wohnhaus mit Balkenteller und obergeschlächtigem Mählwert mit 2 Mählgängen, besonders ruhender Scheuer u. Stallung nebst Zugehörde, im Orte Zell, neben Philipp Groß Witwe und Georg Groß;

2. Lagerbuch Nr. 1195b. 0,62 a Wiese im Dittsetzer Zell;

3. Lagerbuch Nr. 816a. 1,46 a Wiese und Wasser im Hahnlesberg;

Biff. 1 bis mit 3 zul. tax. zu 3000 M. Gengenbach, den 13. November 1884.  
Groß. Notar  
Rubi.

### Strafrechtspflege.

R. 588.2. Nr. 44.980. Heidelberg.

1. Jakob Babler, Ehengießer, geboren am 12. Januar 1853 zu Eisenberg (bair. Pfalz), zuletzt wohnhaft in Heidelberg;

2. Ernst Ludwig Stapp, Schlosser, geboren am 29. Januar 1860 zu Heidelberg, zuletzt wohnhaft daselbst;

3. Georg Johann Heid, Dienstknecht, geboren am 21. März 1858 zu Rauher (Amts Heidelberg), zuletzt wohnhaft daselbst,

werden beschuldigt, als beurlaubte Reservisten ohne Erlaubniß ausgewandert zu sein,  
Verletzung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs.

Dieselben werden auf Anordnung des Groß. Amtsgerichts hieselbst auf Montag den 12. Januar 1885, Vormittags 9 Uhr,

vor das Groß. Schöffengericht Heidelberg zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung vom dem Königl. Landwehrbezirks-Kommando zu Heidelberg ausgesetzten Erklärungen verurtheilt werden.

Heidelberg, den 24. November 1884.  
Fabian,  
Gerichtsschreiber  
des Groß. bad. Amtsgerichts.

### Bern. Bekanntmachungen.

R. 586. Karlsruhe.  
**Bekanntmachung.**  
Albert Lemhyon in Mannheim hat um die Erlaubniß nachgesucht, seinen

Familiennamen in „Lewison“ umändern zu dürfen. Etwasige Einreden gegen die Bewilligung dieses Gesuches sind innerhalb drei Wochen darüber einzureichen.  
Karlsruhe, den 24. November 1884.  
Ministerium  
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.  
Der Ministerialdirektor:  
v. Seyfried.

### Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

R. 588.1. Karlsruhe.  
**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

In Folge getroffener Vereinbarung werden die direkten Frachtsätze für die Beförderung von Getreide von Antwerpen nach den deutsch-schweizerischen Uebergangsstationen nimmere auch für diejenigen Getreidebeförderungen gewährt, welche von Antwerpen über Gerbesthal nach Mannheim gehen, in den speziell hiesig bezeichneten Magazinen eingelagert werden und erst später, jedoch innerhalb Jahresfrist — vom Tage der Einlagerung gerechnet — die Reise nach den bezeichneten Uebergangspunkten vollenden.  
Die näheren Vorschriften über das bei Inanspruchnahme dieser Vergünstigung zu beobachtende Verfahren sind die gleichen, wie für den Verkehr via Lanaken und können bei der Mannheimer Getreidelagerhaus-Gesellschaft, bei der Mannheimer Lagerhausgesellschaft und bei der Groß. Güterverwaltung Mannheim erfragt werden.  
Karlsruhe, den 27. November 1884.  
General-Direction.

### Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

R. 589.1. Karlsruhe.  
**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

In Folge getroffener Vereinbarung werden die direkten Frachtsätze für den Eransport von Getreide ab holländischen Häfen nach den deutsch-schweizerischen Uebergangsstationen auch für diejenigen Getreidebeförderungen gewährt, welche zunächst nach Mannheim verfrachtet, daselbst in den speziell hiesig bezeichneten Magazinen eingelagert werden und erst später, jedoch innerhalb Jahresfrist — vom Tage der Einlagerung gerechnet — nach den bezeichneten Uebergangsstationen zur Weiterbeförderung gelangen.  
Die näheren Vorschriften über das bei Inanspruchnahme dieser Vergünstigung zu beobachtende Verfahren sind die gleichen, wie für den Antwerpen-Schweizerischen Getreideverkehr und können bei der Mannheimer Getreidelagerhaus-Gesellschaft, der Mannheimer Lagerhausgesellschaft und der Groß. Güterverwaltung in Mannheim erfragt werden.  
Karlsruhe, den 27. November 1884.  
General-Direction.

### Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

R. 590. Karlsruhe.  
**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Für Getreide Transporte von Antwerpen und holländischen Häfen, welche in den Magazinen der Firma Fr. Oruber in Mannheim eingelagert und später nach der Schweiz weiterbefördert werden, kommen bei Erfüllung der üblichen Kontrollbedingungen nachträglich die direkten Frachtsätze — wie bei den in den Magazinen der Mannheimer Lagerhausgesellschaften eingelagerten Transporten — zur Anwendung.  
Nähere Auskunft ertheilt unsere Güterverwaltung in Mannheim.  
Karlsruhe, den 28. November 1884.  
General-Direction.

### Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

R. 591. Karlsruhe.  
**Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.**

Im bairisch-bayrischen Güterverkehr ist mit Wirkung vom 1. Dezember l. J. ein besonderer Ausnahmetarif für Spiritus in Wagenladungen von 5000 und 10000 kg erschienen. Die im Nachtrag III zum württembergisch-bayrischen Gütertarif auch für Billingen bad. Bahn enthaltenen Frachtsätze für Spiritus bleiben jedoch, soweit sie billiger sind, als die neuen Sätze bis zum 15. Januar l. J. in Kraft. Exemplare des Tarifs sind durch die Verbandsstationen unentgeltlich zu beziehen.  
Karlsruhe, den 28. November 1884.  
General-Direction.

### Hopfenstangen-Versteigerung.

R. 582.1. Gr. Begrittsforst bei Bonn-dorf (bad. Schwarzwalde) versteigert mit Vorfrist am 9. Dezember d. J., Vormittags 10 Uhr,

zu Bonn-dorf im Gasthaus zum Kranz:

12.964 Hopfenstangen I. Kl., 10.416 II. Kl., 10.677 III. Kl., 9.775 IV. Kl., 14.845 Rebheiden I. Kl., 3010 II. Kl., 7345 III. Kl.

Gleichzeitig versteigert die Gemeinde des Forstbezirks ein etwa ebenso großes Quantum.

L. z. T. R. 592.1.  
I. XII. 7 u. A.  
Obl. I. u. II. Gr.